

ENDLICH MIETEN STOPPEN



FOTO: ASTRID KNE

DER KOMMUNALE WOHNUNGSBAU IN WIEN IST VORBILDICHT UND SORGT FÜR BEZAHLBARE MIETEN. THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL UND NANCY FAESER HABEN SICH IN DER ÖSTERREICHISCHEN HAUPTSTADT INFORMIERT, WELCHE IDEEN AUF HESSEN ÜBERTRAGBAR SIND.

Hessen braucht eine Mietenwende - das hat **Thorsten Schäfer-Gümbel** in der Debatte zur Wohnungspolitik gefordert. „Deshalb wollen wir einen Mietenstopp für fünf Jahre in Bereichen mit angespannter Wohnungslage. Wir brauchen diese Auszeit für Mieterinnen und Mieter angesichts dramatisch steigender Mieten. In dieser Zeit müssen wir bauen, bauen und nochmal

bauen. Wir brauchen eine echte Wohnungsbauoffensive, damit bezahlbarer Wohnraum für alle entsteht. Mein Ziel ist, dass niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete ausgeben muss“, sagte Schäfer-Gümbel. Er warf Schwarz-Grün ein Scheitern bei der Wohnungspolitik vor. Die Mieten seien explodiert, die Anzahl der Sozialwohnungen habe sich in

19 Jahren CDU-Verantwortung halbiert und im vergangenen Jahr seien nicht einmal 1.000 geförderte Wohnungen entstanden. Nicht einmal die rechtssichere Umsetzung der Mietpreisbremse sei gelungen. Die Wohnungspolitik sei die wichtigste soziale Frage. Deshalb stehe die SPD für den Bau von 30.000 geförderten Wohnungen in den nächsten fünf Jahren.



SCHWARZ-GRÜN WEITER FÜR AUSBAUBEITRÄGE

Die schwarz-grüne Koalition will, dass Kommunen weiterhin Straßenausbaubeiträge erheben können. Erneut hat die Regierungsmehrheit einen Vorschlag der SPD-Fraktion niedergestimmt, mit dem die Straßenausbaubeiträge verbindlich abgeschafft werden sollten. Erneut blo-

ckierten CDU und Grüne das übliche parlamentarische Verfahren. **Günther Rudolph** bekräftigte, dass die SPD die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nach der Landtagswahl in Regierungsverantwortung umsetzen wolle.

Der SPD-Vorschlag sieht vor, dass keine Kommune mehr Ausbaubeiträge erhebt. Die möglichen Einnahmeausfälle sollen mit Hilfe einer Investitionspauschale in Höhe von 60 Millionen Euro ausgeglichen werden.



AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

KEIN EHRENAMT ERSTER UND ZWEITER KLASSE

Auf Antrag der SPD hat sich der Landtag mit der Frage des Respekts und der Anerkennung von ehrenamtlich Tätigen beschäftigt.

Günter Rudolph

warnte die CDU vor der Einführung eines Ehrenamts erster, zweiter und dritter Klasse. Er sagte: „Der Vorschlag von Ministerpräsident Bouffier, den rund 15.000 Besitzerinnen und Besitzer der sogenannten Ehrenamts-card das Landesticket kostenlos zur Verfügung zu stellen, grenzt fast zwei Millionen ebenfalls ehrenamtlich Tätige aus. Dies wird ihrer Arbeit nicht gerecht.“



FOTO: BENJAMIN NOLTE - FOTOLIA.COM

RUND 75.000 FEUERWEHRLAUTE SIND IN HESSEN AKTIV IM DIENST. SIE GEHÖREN ZU DEN ZWEI MILLIONEN MENSCHEN, DIE EHRENAMTLICH AKTIV SIND. NUR 15.000 VON IHNEN SOLLTEN, NACH WILLEN DER CDU EIN KOSTENLOSES LANDESTICKET BEKOMMEN. UNGERECHT FINDET DAS DIE SPD.

CHANCEN FÜR INTEGRIERTE

Thorsten Schäfer-Gümbel betonte in der Debatte zur Flüchtlingspolitik, dass kein Platz für Vereinfachungen in der Diskussion um politische Verfolgung einerseits und Arbeits- und Sozialmigration andererseits sei.



„Es ist widersinnig, Menschen, die integriert sind, unsere Sprache sprechen sowie einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz haben, auszuweisen und gleichzeitig andere gezielt für diese Beschäftigung zu suchen.“

VERFASSUNGSSCHUTZ-CHEF UNTRAGBAR

Den Rücktritt des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, for-

derte **Günter Rudolph**. Er betonte, dass ein ausreichendes Vertrauensverhältnis aus Sicht der SPD nicht mehr gegeben sei. „Wir fordern zudem Innenminister Beuth auf, den Beispielen aus Bremen, Thüringen und Niedersachsen zu folgen und die AfD durch das Landesamt für Verfassungsschutz beobachten zu lassen“, so Rudolph.

MEHR ZIVILCOURAGE GEGEN ANFEINDUNGEN

Nancy Faeser rief zur mehr Zivilcourage auf. In der Debatte zu Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit betonte sie, dass die SPD für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft einstehe. Man nehme nicht hin, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen oder sozia-



len Herkunft, ihrer Sprache, ihres Glaubens, ihrer Weltanschauung, ihrer sexuellen Identität, ihrer Behinderung oder ihres Geschlechts Anfeindungen ausgesetzt seien.

VERSTÄRKUNG LÄNGST ÜBERFÄLLIG

Als wenig glaubwürdig sieht **Norbert Schmitt** die angebliche Stärkung der hessischen Steuerverwaltung. „Es stellt sich die Frage, wieso Finanzminister Schäfer erst jetzt ein solches Programm startet. Die CDU hat sich 19 Jahre lang nicht darum gekümmert. Wer glaubt, mit 50 Spezialisten, deren Einstellung sechs Wochen vor der Landtagswahl verkündet wird, den Kampf gegen Steuerkriminalität gewinnen zu können, der irrt gewaltig und täuscht die Öffentlichkeit.“



FOTO: RIKO BEST - STOCK.ADOBE.COM



DER SCHWARZ-GRÜNE LUFTREINHALTEPLAN REICHT NICHT AUS: IN FRANKFURT DROHT EIN DIESEL-FAHRVERBOT.

FAHRVERBOTE TREFFEN BÜRGER

Die SPD-Fraktion fordert die technische Nachrüstung von Diesel-Pkw auf Kosten der Hersteller. Nachdem das Verwaltungsgericht Wiesbaden ein Diesel-Fahrverbot für Frankfurt ab dem kommenden Jahr angeordnet hat.



Tobias Eckert sagte dazu: „Die Verbraucher in Hessen werden durch die Fahrverbote für die Fehler der Automobilindustrie und für die Handlungsunfähigkeit der Landesregierung in der Verkehrspolitik und bei der Verbesserung der Luftqualität bestraft. Fahrverbote treffen einkommensschwache Bürger und kleine Handwerksbetriebe am härtesten. Zum kurzfristigen Erreichen der Grenzwerte führt kein Weg an Hardware-Umrüstungen von Dieselfahrzeugen vorbei.“ Von der Landesregierung forderte Eckert, zu einem Krisengipfel Luftreinhaltung alle beklagten hessischen Städten einzuladen.

PFLEGE IM STICH GELASSEN

Die Beschäftigten in den hessischen Krankenhäusern und die Patientinnen und Patienten werden von der schwarz-grünen Landesregierung im Stich gelassen. „Es muss endlich eine bedarfsgerechte Versorgung sichergestellt werden, dazu gehören auch Personalmindeststandards in der Pflege“, forderte **Dr. Daniela Sommer** in



der letzten Beratung des Krankenhausgesetzes. „Die schwarz-grüne Landesregierung sieht keine Personalmindeststandards im Gesetz vor, sondern wartet auf den Bund. Wie lange sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege noch warten? Bereits im Jahr 2003 haben Studien den Pflegenotstand beschrieben. Es sei nicht zu verstehen, dass die Landesregierung die Entwicklung beim Pflegepersonal verschlafen habe.“



GERHARD WIESE (RECHTS) UND DIE LEITERIN DES FRITZ-BAUER-INSTITUTS, PROF. SYBILLE STEINBACHER (MITTE), VOR DER VERLEIHUNG DES ZINN-PREISES MIT GÜNTER RUOLPH, NANCY FAESER UND THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL.

FOTO: GERT-UWE MENDE

ERINNERUNG AN NAZI-VERBRECHEN

Die SPD hat den ehemaligen Oberstaatsanwalt Gerhard Wiese und das Fritz Bauer Institut mit dem Georg-August-Zinn-Preis geehrt. Thorsten Schäfer-Gümbel würdigte die jahrzehntelange Arbeit Wieses. Als Staatsanwalt habe er unter Ägide des damaligen hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer die Anklage in den Auschwitzprozessen vertreten. Bis heute trage der 90-jährige dazu bei, mit

Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen die Erinnerungskultur lebendig zu halten. Das Fritz Bauer Institut sei als Forschungs- und Bildungseinrichtung mit einem exzellenten Ruf, bekannt und respektiert. Die Untersuchung und Dokumentation der Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen und deren Wirkung bis heute ist eine wertvolle und notwendige Arbeit.



FOTO: KAWEH MANOSSORI

SOLIDARITÄT MIT DEN BESCHÄFTIGTEN VON RYANAIR. THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL BESUCHTE DIE STREIKENDEN.

UNTERSTÜTZUNG FÜR RYANAIR-BESCHÄFTIGTE

Für alle Beschäftigten in Deutschland, auch für die Beschäftigten von Ryanair, muss deutsches Arbeits- und Sozialrecht gelten, forderte **Wolfgang Decker**. „Daran muss sich auch das Management von Ryanair gewöhnen.



Wir dulden keinen Dumping-Wettbewerb, auch nicht am Frankfurter Flughafen.“ Angesichts der arbeitsrechtlichen Zustände, die bei Ryanair offensichtlich herrschen, haben die Streikenden unsere volle Unterstützung im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass auch die Beschäftigten bei Ryanair fair behandelt werden.“

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Redaktion: Gert-Uwe Mende (verantwortlich), Gerfried Zlugabuck, Christoph Gehring, Martina Häusl-David, Valeska Fuhr

SCHULEN ENDLICH MODERNISIEREN

„Die hessische Schulpolitik geht den Bach herunter: Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Lehrkräfteverschleiß, Inklusionschaos und ein massiver Sanierungsstau an den Schulen sind die größten Probleme.“ Mit dieser harten Kritik zog **Christoph Degen** die Bilanz von 19 Jahren CDU-Regierungen in Hessen. „Dass es um unser Bildungssystem nicht zum Besten steht, pfeifen die Spatzen von den Dächern, aber Schwarz-Grün schaltet auf Durchzug.“



Der letzte INSM-Bildungsmonitor bestätige, dass 13 der 16 Bundesländer Bildung eine höhere Priorität einräumten und mehr in Bildung investierten als Hessen.

POLIZEI AM LIMIT

Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Nancy Faeser** sieht die hessische Polizei im Hinblick auf Arbeitsbelastung und Personalnot „am Limit“. „Die Polizeibeamtinnen und -beamten in Hessen sind – nicht nur im Schichtdienst – höchst belastet. Sie schieben einen absurden Berg an Überstunden vor sich her. Sie haben faktisch keine planbare Freizeit mehr, keine Zeit für ihre Familien. Und deswegen ist ein hessischer Polizeibeamter durchschnittlich 30 Tage im Jahr krank“, so Nancy Faeser. Wer nicht nur das Gefühl von Sicherheit stärken, sondern die Sicherheitslage tatsächlich verbessern wolle, müsse für mehr Polizeipräsenz auf den Straßen und Plätzen sorgen. Dies werden die SPD tun.

„Die erteilten Unterrichtsstunden pro Klasse betragen in der Sekundarstufe I, ohne Gymnasien, 35,7, während im Bundesdurchschnitt 39,2 Stunden unterrichtet werden. Hessen ist auch hier das Schlusslicht aller Bundesländer“.

Nichts sehen, nichts hören und nichts sagen, sei das Regierungsmotto von CDU und Grünen. Nach dem gescheiterten Bildungsgipfel seien keinerlei Impulse für eine bessere Bildungspolitik erfolgt.

Besonders traurig sei, dass Schulleitungen, Lehrkräfte, Schülerschaft und Elternvertreter das Desinteresse und die Ahnungslosigkeit ertragen müssten.

SCHULDEN VERDOPPELT

Der 66. Bericht über die Schulden des Landes Hessen weist zum 31. Dezember 2016 Haushaltsschulden von 43,366 Milliarden Euro aus. Hinzu kommen Kreditverbindlichkeiten des Landes gegenüber der WI-Bank in Höhe von 2,5 Milliarden Euro. Diese Zahlen kommentierte **Norbert Schmitt**: „Damit liegt Hessen bei der Pro-Kopf-Verschuldung mit 6.824 Euro fast 1.000 Euro über dem Durchschnitt der Flächenländer. Damit steht auch fest: Die CDU hat in ihrer Amtszeit die Schulden in Hessen nahezu verdoppelt und die Position Hessens im Ländervergleich deutlich verschlechtert.“

